

bis auf die Maßnahme „sechsspuriger Ausbau der A565“. Das Projekt sei unwirtschaftlich; der Kosten-/Nutzenfaktor stehe in keinem Verhältnis. Der Tausendfüßler müsse sowieso erneuert werden. Insofern mache dieser Ausbau keinen Sinn.

Abg. Krauß entgegnete, seine Fraktion werte den Ausbau der A565, die Siebengebirgsquerung und auch die neue Rheinbrücke als verschiedene Maßnahmen, denn jede hätte eine eigene Funktion zur Verkehrsentslastung zu erfüllen. Die Einbindung der A555 im Autobahnkreuz Bonn-Nord müsse natürlich mit berücksichtigt werden; es mache keinen Sinn, die „Anschlussstraßen“ unberücksichtigt zu lassen. Gleichwohl sei die Entlastung von Bonner Straßen getrennt zu bewerten.

Abg. Krupp zeigte sich über die Position der FDP verwundert, zumal dieser Verkehrseingpass tagtäglich zu Einschränkungen führe. Sie betonte, dass der Kurs aus der gemeinsamen PVA-Sitzung fortgesetzt werden müsse. Es habe in vielen Verkehrsprojekten große Einigkeit bestanden. Sie stellte besonders die Bemühungen aller Fraktionen, einen größtmöglichen Konsens zu finden, heraus. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass nachhaltige Politik erreicht würde.

Auch Abg. Metz bekräftigte, dass seine Fraktion den Kurs zum gemeinsamen Konsens weiterführen wolle und richtete seinen Dank auch an die anderen Fraktionen, die ebenso bemüht seien, Politik in einen gemeinsamen Konsens zu bündeln. Die Hinterfragung zur Bewertung der A565 enthalte berechnete Fragen und werde unterstützt.

Abg. Nöthen bestätigte, dass der Ausbau der A565 aufgrund der bestehenden Verkehrsprobleme dringend erforderlich sei.

Abg. Dr. Kuhlmann verdeutlichte seinen Standpunkt. Die bestehenden massiven Verkehrsprobleme seien bekannt und würden sich nicht von allein lösen. Es bestünde dringender Handlungsbedarf. Die Ausführungen im BVWP seien als Richtschnur zu werten. Hierbei spiele neben dem Kosten/Nutzen Faktor die ökologische Bewertung eine wichtige Rolle. Danach sei die Südtangente die beste Maßnahme und nicht der Ausbau der A565. Das sei die Lösung für das Bonner Stadtgebiet und den Siebengebirgsraum.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, bat anschließend um Abstimmung zu dem Teil der Stellungnahme, bei dem grundsätzlicher Konsens bestehe (ohne Punkte 2 a-c).

#### Beschluss zur Stellungnahme der Verwaltung sowie den Ergänzungsanträgen:

1.

**B.-Nr.:**  
**43/16**

Der Ausschuss für Planung und Verkehr stimmt der Stellungnahme der Verwaltung zum Referentenentwurf des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) sowie den Ergänzungsanträgen von CDU/DIE GRÜNEN zur Höherstufung der OU Lüdendorf/Essig in den vordringlichen Bedarf und zur Neubewertung der A565 zu.

2.

Der Ausschuss für Planung und Verkehr beauftragt die Verwaltung, dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur die als Anhang 1 beigelegte Stellungnahme im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung abzugeben, mit der Ergänzung, auf die nur mehrheitlich beschlossenen Maßnahmen gesondert hinzuweisen.

| 10. Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 21.04.2016 |                     |
|-------------------------------------------------------------------|---------------------|
| TOP                                                               | Beratungsgegenstand |
| Vorlagen-/Antrags-Nr.                                             |                     |

**Abst.-  
Erg.:**

**einstimmig bei 2 Enthaltungen (FDP).**

Der Vorsitzende Abg. Steiner stellte nunmehr die Maßnahme B56n – Südtangente zur Diskussion

Abg. Krauß erklärte, dass die Siebengebirgsquerung ein völlig neues Projekt geworden sei, allein durch die Verlängerung des Tunnels. Aufgrund der vielen Anregungen aus der Bevölkerung wäre diese Maßnahme neu zu bewerten. Die Südtangente habe aber nur Sinn, wenn die Umwelteinwirkungen deutlich reduziert würden. Hier bestünde noch erheblicher Nachbesserungsbedarf, der in weiteren Verfahren abzustimmen sei. Zudem bestehe bei dieser Maßnahme immer noch keine Einigkeit mit der Stadt Bonn. Der ÖPNV könne den entstandenen Mehrbedarf an Beförderung nicht auffangen, sondern nur unterstützend eingreifen. Die Nutzung des automobilen Verkehrs werde zunehmen. Aber neue Faktoren, wie das Elektromobil, müssten bei der Bewertung der Maßnahme miteinfließen.

Abg. Tendler äußerte, dass dem „Phantom Südtangente“ seit 45 Jahren „hinterhergerannt“ werde. Die Akzeptanz der Bevölkerung fehle. Aber vor allem fehle der Konsens mit der Stadt Bonn und auch das führe zu einer Einschränkung bei der Bewertung der Projekte. Daher müsse sich auf die Projekte verständigt werden, die ein einstimmiges Votum erhalten hätten.

Abg. Metz wiederholte, dass die Südtangente nach seiner Ansicht in der Gesamtschau sowohl für den Menschen als auch für die Umwelt unverträglich sei. Für diese Maßnahme bestehe keine Einigkeit in der Region, Bonn und Sankt Augustin stünden gegen dieses Projekt. Es müssten Alternativen geschaffen werden, die eine tatsächliche Entlastung bringen, bessere Mobilität und Nachhaltigkeit. Deswegen fordere seine Fraktion, diese Maßnahme aus dem BVWP zu nehmen.

Abg. Dr. Kemper bestätigte die vorangegangenen Ausführungen und fügte hinzu, dass die Südtangente am umweltfreundlichsten wäre, wenn sie nicht gebaut würde.

Abg. Dr. Kuhlmann erwiderte, die Südtangente sei schon seit Jahrzehnten im Gespräch und bislang an der Blockade von SPD und GRÜNE gescheitert, was im Ergebnis zum Schaden für die Region führe. Die Südtangente sei die beste Lösung für die Region, sowohl ökonomisch als auch ökologisch. Der ÖPNV-Ausbau sei keine Alternative. Natürlich seien noch Optimierungen möglich und auch anzudenken. Im Ergebnis sei er überzeugt, dass die Südtangente die beste Lösung sei und auch er würde für eine Höherstufung in den vordringlichen Bedarf stimmen. **Dies beantragte er hiermit.**

SkB. Kurth forderte „Mut zur Wahrheit“. Die Region wachse, die Bevölkerung nehme zu, Mobilität sei gefragt. Dem müsse man sich stellen. Jetzt bestünde die Möglichkeit den bestehenden Straßenring zu schließen; diese Chance, Entlastung zu schaffen, müsse genutzt werden. So wäre auch eine Verbindung von der A560 zur A3 denkbar, dann bräuchte man keine Verbindung zum Ennert. Seine Partei sei auf jeden Fall für den linksrheinischen Teil der Schnellstraßenverbindung (Venusbergtunnel).

Abg. Krauß begrüßte die sachliche Debatte. Er wies nochmals darauf hin, dass der ÖPNV allein keine Entlastung schaffen könne. Deswegen werde sich seine Fraktion für die Aufnahme der Maßnahme in den vordringlichen Bedarf einsetzen. **Insoweit schließt er sich dem Antrag von Dr. Kuhlmann an.**

RHEIN-SIEG-KREIS  
DER LANDRAT

ANLAGE 9  
zu TO.-Pkt. 5

61.1 - Verkehr und Mobilität

19.04.2016

## Beschlussvorlage

für den  
öffentlichen Sitzungsteil

| Gremium                           | Datum      | Zuständigkeit |
|-----------------------------------|------------|---------------|
| Ausschuss für Planung und Verkehr | 21.04.2016 | Entscheidung  |

|                         |                                                                              |
|-------------------------|------------------------------------------------------------------------------|
| Tagesordnungs-<br>Punkt | Bundesverkehrswegeplan (BVWP 2030) -<br>Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises |
|-------------------------|------------------------------------------------------------------------------|

### Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr beauftragt die Verwaltung, dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur die als Anhang 1 beigefügte Stellungnahme im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung abzugeben.

### Vorbemerkungen:

In der gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse der Bundesstadt Bonn sowie des Rhein-Sieg-Kreises wurde der Referentenentwurf des Bundesverkehrsministers zum BVWP 2030 bereits diskutiert.

### Erläuterungen:

Um den Bedürfnissen des Rheinlandes stärker Nachdruck zu verleihen, hat eine Arbeitsgruppe der Metropolregion Rheinland für alle überregional bedeutsamen Verkehrswege (Straßen, Schienen, Bundeswasserstraßen) ein zentrales, auf Verwaltungsebene interkommunal abgestimmtes Positionspapier erarbeitet. Es ist als Anhang 2 beigefügt. Die Verwaltung schlägt vor, dass der Rhein-Sieg-Kreis diese Position unterstützt. Zusätzlich hat die Verwaltung zu den Bundesstraßenprojekten im Kreisgebiet eine ergänzende Stellungnahme erarbeitet, die im Rahmen der bis zum 02.05.2016 laufenden Öffentlichkeitsbeteiligung abzugeben ist. Die vorbereitete Stellungnahme ist als Anhang 1 beigefügt.

Im Auftrag

*Jaeger*  
(Michael Jaeger)

### Anhang:

- 1) Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises
- 2) Stellungnahme der Metropolregion Rheinland

Anhang 1

Bundesministerium für Verkehr  
und digitale Infrastruktur  
Invalidenstraße 44  
10115 Berlin

**Amt für Kreisentwicklung und Mobilität**  
**Abteilung Verkehr und Mobilität**  
Herr Habedank  
**Zimmer:** A 12.23  
**Telefon:** 02241 - 13-2332  
**Telefax:** 02241 - 13-2430  
**E-Mail:** sven.habedank  
@rhein-sieg-kreis.de

**Datum und Zeichen Ihres Schreibens**

**Mein Zeichen**  
61.1

**Datum**  
22.04.2016

**Referentenentwurf zum Bundesverkehrswegeplan 2030**  
**• Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rhein-Sieg-Kreis bedankt sich für die Möglichkeit, direkt eine Stellungnahme zum Referentenentwurf abgeben zu können. In der Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 21.04.2016 wurden die für den Rhein-Sieg-Kreis maßgeblichen Maßnahmen beraten und diese Stellungnahme beschlossen:

**1. Zentrale Verkehrsachsen**

Die von der Metropolregion Rheinland erstellte Stellungnahme (siehe Anlage) wird vom Rhein-Sieg-Kreis unterstützt. Wegen der unmittelbaren Betroffenheit des Rhein-Sieg-Kreises werden Ausbau bzw. Einstufung folgender regionaler Verkehrsachsen begrüßt:

**a) Bundesfernstraßen**

- Projekt A59-G80-NW - 6-spuriger Ausbau zwischen Porz/Lind-AD Sankt Augustin West (VB-E)
- Projekt A59-G20-NW - 8-spuriger Ausbau zwischen AD Sankt Augustin West - AD Bonn/NO (VB-E)
- Projekt A59-G90-NW - 6-spuriger Ausbau zwischen AD Bonn/NO - AD Bonn/O (VB-E)
- Projekt A61-G60-NW - 6-spuriger Ausbau zwischen AK Bliesheim - AK Meckenheim (VB)
- Projekt A553 - G10-NW - Neubau zwischen A555 und der A59/B8 mit Rheinquerung bei Niederkassel (mit Höherstufung in VB als kombinierte Lösung Schiene/Straße)

- Projekt **A560-G10-NW** - 6-spuriger Ausbau zwischen AD Sankt Augustin West-AS Sankt Augustin (**WB\***)
- Projekt **A565 - G10-NW** - 6 spuriger Ausbau zwischen AK Bonn/Nord und AS Hardtberg (**WB\***)
- Projekt **A565 - G20-NW** - 6 spuriger Ausbau zwischen AD Bonn/Nordost und AK Bonn/Nord (**WB\***)
- Projekt **B56 - G40-NW** - Neubau zwischen Bonn/Hardtberg und Birlinghoven/Dambroich (**WB\***)

**b) Bundesschienenwege**

- Projekt Nr. K-009-V99 Großknoten Köln
- Projekt Nr. L01 - Verlängerung der Schnellfahrstrecke Köln-Rhein/Main
- Projekt Nr. 2-004-V03 Korridor Mittelrhein: Zielnetz 1
- Projekt Nr. 2-004-V04 Korridor Mittelrhein: Zielnetz 2
- Projekt Eisenbahnspange Köln/Brühl-Porz/Wahn

**c) Bundeswasserstraße Rhein**

- Projekt W26 - Abladeverbesserung im Bereich des Rheins zwischen Duisburg und Bonn (**Neubewertung der Fahrrinnenvertiefung bis Bonn**)

**2. Verkehrsachsen mit regionaler Bedeutung**

In der Stellungnahme der Metropolregion Rheinland sind einige Projekte im Rhein-Sieg-Kreis nicht enthalten. Hierzu gibt der Rhein-Sieg-Kreis folgende Stellungnahme ab:

**a) Der Rhein-Sieg-Kreis begrüßt die Einstufung folgender Maßnahmen:**

- Projekt **B8-G20-NW** - Ortsumgehung Hennef-Uckerath (**VB**)
- Projekt **B56-G30-NW-T3-NW** - Ortsumgehung Swisttal-Miel (**VB**)
- Projekt **B56-G30-NW-T2-NW** - Ortsumgehung und Swisttal/ Ludendorf/ Essig (**WB**)

**b) Projekt B56 - G50-NW - Ortsumgehung Much, WB\***

Da die Planungen bereits weit fortgeschritten sind, kaum Umsetzungshindernisse bestehen und auch die politische Zustimmung vorliegt, bittet der Rhein-Sieg-Kreis das Projekt in den **vordringlichen Bedarf (VB)** aufzustufen.

Mit freundlichen Grüßen

(Sebastian Schuster - Landrat)

Anlage  
Stellungnahme der Metropolregion Rheinland